

Behördenreferendum und -initiative (Regionalkonferenz): Änderung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Parlaments

Beschluss und Antrag z. H. Volksabstimmung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Bericht des Gemeinderates an das Parlament

1. Ausgangslage

Die Stimmberechtigten und Gemeinden der Region Bern-Mittelland stimmten am 17. Mai 2009 der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland mit grosser Mehrheit zu. In der Folge fanden die vorbereitenden Arbeiten statt, damit die Regionalkonferenz am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit aufnehmen konnte. 98 Gemeinden aus dem Raum Bern-Mittelland werden künftig gemeinsam über die regionalen Bereiche Verkehr, Raumplanung, Kultur und Regionalpolitik befinden.

Wichtige Beschlüsse der Regionalkonferenz werden durch die Regionalversammlung gefasst. Diese wird zwei bis viermal pro Jahr tagen. Die Regionalversammlung setzt sich aus allen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten der zugehörigen Gemeinden zusammen. Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der vertretenen Stimmen. Jede Gemeinde hat mindestens eine Stimme. Grössere Gemeinden erhalten je nach Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner mehrere Stimmen. Die Stadt Bern als grösste Gemeinde der Regionalkonferenz verfügt über eine Stimmkraft von 42 Stimmen; Köniz als zweitgrösste Gemeinde hat 14 Stimmen.

2. Behördenreferendum und Behördeninitiative, Voraussetzungen

Referendum

Die Regionalversammlung ist für bestimmte Geschäfte abschliessend zuständig. Darunter fallen unter anderem die Genehmigung des Voranschlages, der Jahresrechnung und der Verpflichtungskredite. Andere Beschlüsse kann sie nur unter dem Vorbehalt der fakultativen Volksabstimmung fassen. Das heisst, 2 Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden der Regionalkonferenz können innert 90 Tagen seit der Bekanntmachung eine regionale Abstimmung verlangen zu einem Beschluss über

- die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstände, wie Beschlüsse über Subventionsverträge der Kulturförderung (Art. 13 g Abs. 2 Bst. d Kulturförderungsgesetz), den Erlass regionaler Überbauungsordnungen (Art. 98b Abs. 3 Baugesetz) oder die Verbindlicherklärung regionaler Zusatzangebote im öffentlichen Verkehr (Art. 18a Abs. 2 Gesetz über den öffentlichen Verkehr)
- die Änderung und die Aufhebung der Reglemente zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz
- den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Reglementen betreffend Übertragung von Aufgaben der Regionalkonferenz an Dritte
- den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglementes der Regionalkonferenz.

Initiative

Mit einer Initiative kann die Behandlung bestimmter Geschäfte der Regionalkonferenz verlangt werden, die in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten oder der Regionalversammlung fallen. Konkret können fünf Prozent der Stimmberechtigten oder zwanzig Prozent der Gemeinden mit einer Initiative verlangen

- den Beschluss über einen in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstand wie die Kündigung eines Subventionsvertrages der Kulturförderung (Art. 13g Abs. 2 Bst.f Kulturförderungsgesetz)
- den Erlass, die Änderung und die Aufhebung eines Reglementes zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz
- den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements der Regionalkonferenz
- die Auflösung der Regionalkonferenz.

Initiativen können die Form einer einfachen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs haben. Sie sind innert sechs Monaten ab Beginn der Unterschriftensammlung bei der Geschäftsstelle einzureichen.

(Art. 150 bis 153 Gemeindegesetz, Beilage 1)

3. Behördenreferendum und Behördeninitiative, Zuständigkeit

Wer kann für die Gemeinde ein Behördenreferendum oder eine Behördeninitiative einreichen? Nach kantonalem Recht ist der Gemeinderat zuständig, wenn nichts anderes geregelt ist (Art. 150 Abs. 2 und Art. 151 Abs. 2 Gemeindegesetz).

Mit einer am 10. März 2008 eingereichten Motion beauftragte das Parlament den Gemeinderat, eine Änderung der Gemeindeordnung zu erarbeiten, welche dem Parlament die abschliessende Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen überträgt (Dringliche Motion 0805 der GPK mit der Antwort des Gemeinderates, Beilage 2). In der Motionsantwort befürwortete der Gemeinderat, die Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen bei der Exekutive zu belassen. Mit den Regionalkonferenzen würden strategische Entscheidplattformen geschaffen, die fast ausschliesslich Exekutivaufgaben wahrnehmen beziehungsweise koordinieren sollen. Entsprechend nähmen die Gemeindepräsidien in den Regionalversammlungen Einsitz und verträten die Interessen der Gemeinden. Es sei daher in der Sache richtig, wenn die Kompetenz zur Lancierung von Behördenreferenden oder -initiativen dem Gemeinderat obliege. Zudem befürchtete der Gemeinderat, der aufwändige Ablauf für die Ergreifung des Referendums könnte dazu führen, dass Referenden innert der vorgeschriebenen Frist von 90 Tagen nicht zustande kämen. Selbst für das Einreichen von Initiativen könnte eine sechsmonatige Frist knapp werden. Trotz der Bedenken des Gemeinderates wurde die Motion am 5. Mai 2008 vom Parlament erheblich erklärt (in Bezug auf das Behördenreferendum mit 25 zu 3 Stimmen und 9 Enthaltungen; in Bezug auf die Behördeninitiative mit 31 zu 0 Stimmen und 6 Enthaltungen).

4. Musterbestimmungen für Parlamentsgemeinden

In verschiedenen Gemeinden mit Parlamenten wurden die Exekutiven beauftragt, Mitwirkungsrechte der Parlamente im Zusammenhang mit der Regionalkonferenz zu regeln. BernPlus stellte im März 2009 den Gemeinden Musterbestimmungen zu. Danach kann das Parlament den Gemeinderat in einem bestimmten Verfahren verpflichten, eine regionale Abstimmung zu verlangen bzw. eine Behördeninitiative zu ergreifen. (Musterbestimmungen für Parlamentsgemeinden vom 24. März 2009, Beilage 3)

Eine Umfrage der Regionalkonferenz Bern-Mittelland im Oktober 2009 zeigt, dass die acht Parlamentsgemeinden verschiedene Vorstellungen über die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments haben (Ergebnis der Umfrage bei den Parlamentsgemeinden, Stand 20. Oktober 2009, Beilage 4).

Das Parlament von Köniz wünscht mit der Erheblicherklärung der Motion selber abschliessend zuständig für Behördenreferenden und Behördeninitiativen zu sein. Aus diesem Grund sind die Musterbestimmungen für Köniz nicht anwendbar. Es wurde eine eigene Lösung erarbeitet und die entsprechenden Reglementsbestimmungen verfasst. Die Eckpunkte des Verfahrens wurden der Geschäftsprüfungskommission als Urheberin der Motion vorgestellt und von dieser als sachgerecht befunden.

5. Verfahrensablauf betreffend Behördenreferenden

Der Verfahrensablauf wird in einer Skizze dargestellt (Beilage 5)

Information

Die Regionalkonferenz wird jeweils die referendumsfähigen Beschlüsse im Anzeiger publizieren. Die Referendumsfrist von 90 Tagen beginnt mit dieser Bekanntmachung zu laufen. Im Vorfeld erhält der Gemeinderat die Traktandenliste der jeweiligen Regionalversammlungen. Bereits daraus sollte ersichtlich sein, welche Geschäfte dem Referendum unterstehen werden. Die Gemeindeschreiberin wird die Fachstelle Parlament jeweils über Traktanden und Beschlüsse informieren, damit so die frühzeitige Information des Parlamentes sichergestellt werden kann.

Anstoss zu einem Beschluss

Es ist davon auszugehen, dass die Regionalversammlung Beschlüsse anstrebt, die von einer grossen Mehrheit der Gemeinden getragen werden können. Sollte die Gemeinde Köniz trotzdem in einem Geschäft unterlegen sein und sich gute Chancen ausdenken, zusammen mit mindestens 9 anderen Gemeinden das Referendum ergreifen zu können, wird es um eine wichtige Angelegenheit gehen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, dass mehrere Parlamentsmitglieder zusammen den Anstoss geben müssen. In Anlehnung an den Planungsbeschluss ist ein Quorum von 15 Parlamentsmitgliedern vorgesehen (Art. 9 Reglement über den integrierten Aufgaben und - Finanzplan). Selbstverständlich kann der Anstoss auch vom Gemeinderat ausgehen (Art. 52 Abs. 1 und Art. 62 Bst.d Gemeindeordnung).

Einreichen des Antrages, Frist und Form

Das Behördenreferendum ist innert 90 Tagen seit der Publikation einzureichen. Damit diese Frist eingehalten werden kann, muss der Anstoss aus dem Parlament innert 30 Tagen erfolgen.

Auf den Zeitpunkt der Beschlüsse der Regionalversammlung und deren Publikation können die Gemeinden kaum Einfluss nehmen. Damit auf jeden Fall genügend Zeit für den Anstoss des Verfahrens durch 15 Parlamentsmitglieder zur Verfügung steht, wird ein einfaches und schnelles Vorgehen vorgeschlagen. Mindestens ein Parlamentsmitglied verfasst den Antrag mit einer Begründung und holt von mindestens weiteren 14 Parlamentsmitgliedern die Zustimmung durch Unterschriften oder E-Mails ein. Dieser Antrag wird beim Parlamentspräsidium eingereicht. Damit sollte die Einhaltung der 30-tägigen Frist auch bei einer längeren Pause zwischen den Parlamentssitzungen gewährleistet sein.

Behandlung

Sobald der Antrag beim Präsidium eingetroffen ist, gibt dieses umgehend dem Gemeinderat Gelegenheit, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Ausnahmsweise könnte der Gemeinderat seine Stellungnahme mündlich an der Parlamentssitzung abgeben, wenn sonst die kantonale Frist nicht eingehalten werden kann. Im Weiteren gilt der normale Ablauf der Parlamentsgeschäfte. Das Präsidium wird das Geschäft, bestehend aus dem Antrag, den Akten der Regionalkonferenz und der Stellungnahme des Gemeinderates so traktandieren, dass die Frist des kantonalen Rechts eingehalten werden kann. Das Geschäft wird von der Geschäftsprüfungskommission vorberaten und vom Parlament beschlossen. Das Präsidium reicht den Beschluss der Gemeinde Köniz, das Referendum zu ergreifen, bei der Geschäftsstelle der Regionalkonferenz ein.

6. Verfahrensablauf betreffend Behördeninitiativen

Bei der Initiative sind zwei Varianten denkbar. Im ersten Fall geht der Anstoss von Köniz aus und die Initiative wird in Köniz erarbeitet. Im zweiten Fall hat eine andere Gemeinde beschlossen, eine Initiative einzureichen und die Gemeinde Köniz will sich dieser Initiative anschliessen.

Im Fall der eigenen Initiative gibt es keine zeitlichen Probleme. Ein Parlamentsmitglied schreibt allein oder zusammen mit mindestens 14 weiteren Unterzeichnenden einen Antrag oder es wird mit einer Motion verlangt, dass der Gemeinderat einen entsprechenden Initiativentwurf vorlegt. Auch beim Anschluss an eine fremde Initiative sollte es keine zeitlichen Probleme geben, da für das Einreichen von Initiativen eine Frist von sechs Monaten gilt.

Wird der Antrag vom Parlament erarbeitet, ist dieser wie beim Behördenreferendum dem Präsidium einzureichen und dieses gibt dem Gemeinderat Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. Im Übrigen gilt im Weiteren der normale Ablauf der Parlamentsgeschäfte.

7. Änderung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglementes des Parlamentes

Welche Erlasse müssen angepasst werden, damit das Anliegen der erheblich erklärten Motion umgesetzt werden kann?

Wie unter Ziffer 3 erwähnt, ist nach kantonalem Recht der Gemeinderat für Behördenreferenden und -initiativen zuständig. Die Gemeinden können eine andere Zuständigkeit vorsehen (Art. 150 Abs. 2 und Art. 151 Abs. 2 Gemeindegesetz).

Die Zuständigkeiten der kommunalen Organe sind in der Gemeindeordnung geregelt. Die vom Parlament mittels Motion beanspruchte Kompetenz für Behördenreferenden und -initiativen bedarf somit einer Änderung der Gemeindeordnung. Die Zuständigkeit des Parlamentes in Art. 50 wird um zwei weitere Buchstaben ergänzt (Anhang Beilage 7).

Der Verfahrensablauf für das Behördenreferendum und die -initiative wird im Geschäftsreglement des Parlamentes festgehalten. Es wird ein neuer Abschnitt "6a Beschlüsse betreffend regionale Abstimmungen" mit je einem Artikel für das Referendum (Art. 64a) und für die Initiative (Art. 64b) eingefügt (Beilage 6).

Die erste Regionalversammlung im 2010 wird am 1. Juli 2010 stattfinden. Der Gemeinderat wird – sofern die Änderung der Gemeindeordnung angenommen wird – die Änderung beider Erlasse auf den 1. Juli 2010 in Kraft setzen. Sollten an der Regionalversammlung vom 1. Juli 2010 referendumsfähige Beschlüsse gefasst werden, wäre bereits das Parlament für ein allfälliges Behördenreferendum zuständig.

8. Abschreibung Motion 0805 (GPK) "Behördenreferendum und -initiative durch das Parlament"

Die mit der überwiesenen Motion verlangten Änderungen der Gemeinderlasse werden mit dem vorliegenden Antrag erfüllt. Die Motion kann abgeschrieben werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen, unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten die Änderung der Gemeindeordnung gemäss Ziffer 3 beschliessen.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
3. Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 1. Die Änderung der Gemeindeordnung wird beschlossen.
 2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
4. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut des Stimmzettels werden genehmigt.
5. Die Motion 0805 (GPK) "Behördenreferendum und -initiative durch das Parlament" wird abgeschrieben.

Köniz, 3. Februar 2010

Der Gemeinderat

Beilagen

1. Art. 137 bis 158 Gemeindegesetz
2. 0805 Motion (GPK): Vorstosstext und Antwort des Gemeinderates
3. Musterbestimmungen für Parlamentsgemeinden vom 24. März 2009
4. Ergebnis der Umfrage bei den Parlamentsgemeinden, Stand 20. Oktober 2009
5. Skizze Verfahrensablauf beim Referendum
6. Entwurf der Änderung Geschäftsreglement Parlament
7. Entwurf der Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten inkl. Entwurf Änderung Gemeindeordnung und Stimmzettel (als separate Beilage für alle drei Abstimmungsvorlagen gemeinsam)

Anmerkungen der Fachstelle Parlament:

Bei der Parlamentsabstimmung über den Antrag an die Stimmberechtigten müssen die Ja- und die Nein-Stimmen sowie die Enthaltungen ausgezählt werden, da gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Parlaments in der Abstimmungsbotschaft das Stimmenverhältnis angegeben werden muss.

Die Botschaft und der Stimmzettel werden entweder vom Parlament in der vorliegenden Form genehmigt (gemäss Punkt 2 des GR-Antrags) oder aber der Redaktionskommission zur Überarbeitung überlassen (gemäss Art. 47 Abs. 1 des Geschäftsreglements). *Anstelle* des 2. Punktes des GR-Antrags kann das Parlament in diesem Fall einen Beschluss in folgender Form fassen:

Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels zu überarbeiten und endgültig festzulegen.

Die Redaktionskommission hat in jedem Fall mindestens die Aufgabe, nach der Parlamentssitzung die Botschaftsseite mit den Pro- und Kontra-Argumenten (gemäss Art. 46 Abs. 2 und 3) zu verfassen.

16. März 1998

Auszug Gemeindegesetz (GG)

8. Regionalkonferenzen *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Art. 137 *[Fassung vom 17. 6. 2007]*

Zweck, Aufgaben, Beschlüsse

- ¹ Regionalkonferenzen dienen der wirkungsvollen Erfüllung der Aufgaben der beteiligten Gemeinden.
- ² Sie nehmen die ihnen vom Kanton und von den Gemeinden übertragenen Aufgaben wahr.
- ³ Die Beschlüsse der Regionalkonferenzen sind verbindlich.

Art. 138 *[Fassung vom 17. 6. 2007]*

Bildung und Auflösung

- ¹ Eine Regionalkonferenz entsteht durch Beschluss der Gemeinden und der Stimmberechtigten.
- ² Der Regierungsrat ordnet eine regionale Volksabstimmung über die Bildung einer Regionalkonferenz an, wenn mehrere Gemeinden es verlangen. Er entscheidet kantonal letztinstanzlich *[Fassung vom 10. 4. 2008]* über die Durchführung der Abstimmung.
- ³ Über ihre Auflösung befindet die Regionalkonferenz in einer von ihr angeordneten regionalen Volksabstimmung.
- ⁴ Bildung und Auflösung einer Regionalkonferenz bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Stimmenden und der Mehrheit der Gemeinden.
- ⁵ Auf das Abstimmungsverfahren finden die Bestimmungen der Gesetzgebung über die politischen Rechte sinngemäss Anwendung. Stimmberechtigt sind die im betreffenden Gebiet wohnhaften, in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Personen.

Art. 139 *[Fassung vom 17. 6. 2007]*

Gebiet

- ¹ Der Regierungsrat legt durch Verordnung das jeweilige Gebiet der Regionalkonferenzen fest. Er hört die Gemeinden vorher an.
- ² Eine Regionalkonferenz umfasst alle Gemeinden des betreffenden Gebiets. Vorbehalten bleiben abweichende Regelungen in der besonderen Gesetzgebung.
- ³ Der Regierungsrat bezeichnet die Gemeinden, die gleichzeitig zwei benachbarten Regionalkonferenzen als Mitglied angehören können (Doppelmitgliedschaft).

Art. 140 *[Fassung vom 17. 6. 2007]*

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Beizug Dritter

- ¹ Der Regierungsrat regelt die Mitgliedschaft von ausserkantonalen Gemeinden in den bernischen Regionalkonferenzen und die Mitgliedschaft von bernischen

Gemeinden in entsprechenden ausserkantonalen Organisationen durch Vertrag mit den betreffenden Kantonen.

² Für die Behandlung von überregionalen Angelegenheiten können die Regionalkonferenzen die benachbarten Regionalkonferenzen oder einzelne Nachbargemeinden beiziehen oder konsultieren. Die Beigezogenen oder Konsultierten haben kein Stimmrecht.

Art. 141 *[Fassung vom 17. 6. 2007]*

Aufgaben

1. Obligatorische Aufgaben

¹ Die Regionalkonferenzen nehmen nach Massgabe der besonderen Gesetzgebung insbesondere die folgenden obligatorischen Aufgaben wahr:

- a die regionale Richt-, Gesamtverkehrs- und Siedlungsplanung sowie deren gegenseitige Abstimmung,
- b die regionale Kulturförderung und
- c die Erfüllung der regionalen Aufgaben nach den Vorgaben der Gesetzgebung über die Regionalpolitik.

² Durch Gesetz können den Regionalkonferenzen weitere obligatorische Aufgaben übertragen werden.

Art. 142 *[Fassung vom 17. 6. 2007]*

2. Weitere Aufgaben

¹ Die Gemeinden können den Regionalkonferenzen weitere Aufgaben aus ihrem Zuständigkeitsbereich übertragen.

² Die Regionalkonferenzen regeln die Voraussetzungen für die Aufgabenübertragung, die Erfüllung dieser Aufgaben, den Beitritt weiterer Gemeinden sowie den Austritt von Gemeinden durch Reglement.

³ Die Übertragung von Aufgaben durch die Gemeinden erfolgt mit deren Zustimmung zum entsprechenden Reglement. Sie verpflichtet ausschliesslich die zustimmenden Gemeinden.

⁴ Das Reglement bezeichnet die Gegenstände, die der fakultativen Volksabstimmung unterliegen.

Art. 143 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Teilkonferenzen

¹ Innerhalb einer Regionalkonferenz können Teilkonferenzen gebildet werden.

² Die besondere Gesetzgebung kann bestimmen, dass einer Teilkonferenz Gemeinden aus dem benachbarten Gebiet angehören (erweiterte Teilkonferenz).

³ Sofern es die besondere Gesetzgebung vorsieht, können einer Teilkonferenz im Geschäftsreglement obligatorische Aufgaben zur Erfüllung zugewiesen werden.

⁴ Einer Teilkonferenz gehören die Gemeinden an, die der Übertragung der betreffenden Aufgaben zugestimmt haben oder die zur Erfüllung der betreffenden obligatorischen Aufgaben verpflichtet sind.

⁵ Die Bestimmungen für die Regionalkonferenzen gelten für Teilkonferenzen sinngemäss.

Art. 144 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Organisation

¹ Die Organe einer Regionalkonferenz sind

- a die Stimmberechtigten,
- b die Gemeinden,
- c die Regionalversammlung,
- d die Geschäftsleitung,
- e die Geschäftsstelle,
- f das Kontrollorgan und
- g die Kommissionen, soweit sie entscheidbefugt sind.

² Die Regionalversammlung bezeichnet eine Präsidentin oder einen Präsidenten. Die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung werden aus der Mitte der Regionalversammlung bestellt.

³ In der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois werden die Verhandlungen auf Deutsch (Mundart oder Standardsprache) und auf Französisch geführt und in die jeweils andere Sprache übersetzt. Die Verhandlungsunterlagen sind in beiden Sprachen vorzulegen.

⁴ Der Regierungsrat erlässt ein Geschäftsreglement durch Verordnung. Die Regionalkonferenzen können davon abweichende Regelungen erlassen, soweit die Verordnung dafür Raum lässt. Die Regelungen der Regionalkonferenzen unterliegen der Genehmigung durch die zuständige kantonale Stelle.

Art. 145 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Regionalversammlung

1. Zusammensetzung, Weisungsrecht

¹ In der Regionalversammlung nehmen die Gemeinderatspräsidentinnen und die Gemeinderatspräsidenten Einsitz. Im Verhinderungsfall werden sie durch ein anderes dafür auf Dauer bezeichnetes Mitglied des Gemeinderats vertreten.

² Der Gemeinderat kann der Gemeindevertreterin oder dem Gemeindevertreter in der Regionalversammlung verbindliche Weisungen erteilen.

Art. 146 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

2. Zuständigkeiten

¹ Die Regionalversammlung ist abschliessend zuständig für

- a die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstände,
- b die Genehmigung des Voranschlags, der Jahresrechnung und der Verpflichtungskredite,
- c die Wahl der Geschäftsleitung, der Kommissionen und des Kontrollorgans,
- d die Einsetzung der Geschäftsstelle, sofern das Geschäftsreglement keine abweichende Regelung enthält.

² Sie ist unter Vorbehalt der fakultativen Volksabstimmung (Art. 150) zuständig für

- a die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstände,
- b die Änderung und die Aufhebung der Reglemente zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz, sofern die betreffenden Reglemente diese

- Zuständigkeit nicht der obligatorischen Abstimmung unterstellen, und
- c den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements (Art. 144 Abs. 4).
- ³ Die Regionalversammlung beschliesst, soweit nach den Vorschriften des Bundes, des Kantons oder der Regionalkonferenz nicht ein anderes Organ zuständig ist.

Art. 147 [Eingefügt am 17. 6. 2007]

Kommissionen

- ¹ Die Regionalversammlung kann Kommissionen einsetzen.
- ² Sie bestimmt Aufgaben, Zuständigkeit, Organisation und Zusammensetzung der Kommissionen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der besonderen Gesetzgebung.
- ³ Die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Kommissionen bedarf einer Grundlage im Geschäftsreglement.
- ⁴ Kommissionen können bei Bedarf Ausschüsse (Subkommissionen) einsetzen und Dritte (Vertretungen des Kantons und der Nachbarregionen, Sachverständige usw.) beiziehen. Die Beigezogenen haben kein Stimmrecht.

Art. 148 [Eingefügt am 17. 6. 2007]

Beschlussfassung und Stimmkraft

- ¹ Die Regionalversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Stimmen vertreten ist.
- ² Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der vertretenen Stimmen. Vorbehalten bleibt Absatz 4. Das Verfahren bei Wahlen wird im Geschäftsreglement geregelt.
- ³ Die Stimmkraft der Gemeinden bei Wahlen und Abstimmungen wird wie folgt festgelegt:

<i>Gemeindegrösse (Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner)</i>	<i>Stimmkraft</i>
bis 1000 Einwohnerinnen und Einwohner	1 Stimme
pro weitere 3000 Einwohnerinnen und Einwohner oder einen Bruchteil davon zusätzlich	1 Stimme

- ⁴ Für die Beschlussfassung in der Regionalversammlung der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois gilt Folgendes:
- a Vereinigen Beschlüsse der Regionalversammlung über Angelegenheiten, die den Berner Jura hauptsächlich betreffen, nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Gemeinden des Berner Juras auf sich, kann verlangt werden, dass eine andere Lösung zur Abstimmung gebracht wird.
- b Um von diesem Mitwirkungsrecht Gebrauch zu machen, müssen mindestens zehn Gemeinden des Berner Juras vor der Abstimmung eine gesonderte Auszählung der Stimmen verlangen.
- c Bei der erneuten Abstimmung entscheidet die Mehrheit der vertretenen Stimmen.

Art. 149 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Regionale Volksabstimmung

¹ Gegenstand einer regionalen Volksabstimmung sind

- a die Bildung und die Auflösung einer Regionalkonferenz,
- b Referendumsbegehren und
- c Initiativen.

² Bei Abstimmungen nach Absatz 1 entscheidet die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der beteiligten Gemeinden.

Art. 150 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Volksreferendum und Behördenreferendum

¹ Zwei Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden im betreffenden Gebiet können innert 90 Tagen seit der Bekanntmachung eine regionale Abstimmung verlangen zu einem Beschluss der Regionalversammlung über

- a die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstände,
- b die Änderung und die Aufhebung der Reglemente zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz und
- c den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements.

² Soweit die Gemeinden die Zuständigkeit für Behördenreferenden nicht anders regeln, ist der Gemeinderat zuständig.

Art. 151 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Volksinitiative und Behördeninitiative

¹ Fünf Prozent der Stimmberechtigten oder zwanzig Prozent der Gemeinden können mit einer Initiative verlangen

- a den Beschluss über einen in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstand,
- b den Erlass, die Änderung und die Aufhebung eines Reglements zur Erfüllung von weiteren Aufgaben,
- c den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements und
- d die Auflösung der Regionalkonferenz.

² Soweit die Gemeinden die Zuständigkeit für Behördeninitiativen nicht anders regeln, ist der Gemeinderat zuständig.

³ Initiativen können die Form einer einfachen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs haben, dürfen nicht mehr als einen Gegenstand betreffen und müssen eine vorbehaltlose Rückzugsklausel sowie die Namen der Rückzugsberechtigten enthalten.

⁴ Initiativen sind innert sechs Monaten ab Beginn der Unterschriftensammlung bei der Geschäftsstelle einzureichen.

⁵ Die Geschäftsleitung erklärt rechtswidrige oder undurchführbare Initiativen nach Anhörung des Initiativkomitees ungültig.

⁶ Gültige Initiativen werden den Stimmberechtigten unterbreitet, wenn sie die Auflösung einer Regionalkonferenz zum Gegenstand haben oder wenn die Regionalversammlung das Begehren ablehnt.

Art. 152 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Gemeinsame Bestimmung

- ¹ Die Regionalversammlung behandelt zustande gekommene Referendumsbegehren und Initiativen. Sie kann eine Abstimmungsempfehlung zuhanden der Stimmberechtigten abgeben.
- ² Zu Referendumsbegehren und Initiativen ordnet die Geschäftsleitung innert sechs Monaten seit der Einreichung eine regionale Volksabstimmung an. Stimmberechtigt sind die im Gebiet der Regionalkonferenz wohnhaften, in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Personen.
- ³ Referendumsbegehren und Initiativen bedürfen zu ihrer Annahme der Zustimmung der Mehrheit der Stimmenden und der Mehrheit der Gemeinden.
- ⁴ Auf das Abstimmungsverfahren finden die Bestimmungen der Gesetzgebung über die politischen Rechte sinngemäss Anwendung.

Art. 153 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Geschäftsbericht, Informations- und Konsultationsrechte

- ¹ Die Regionalkonferenzen legen in Geschäftsberichten jährlich Rechenschaft ab über ihre Tätigkeiten. Wo Gemeindeparlamente bestehen, werden ihnen die Geschäftsberichte direkt unterbreitet.
- ² Die Regionalkonferenzen orientieren die Öffentlichkeit regelmässig über ihre Tätigkeiten und informieren frühzeitig und umfassend über geplante Vorhaben von regionaler Bedeutung.
- ³ Zu wichtigen Vorhaben konsultieren sie vorgängig die zuständigen kantonalen Stellen, die Gemeinden und soweit nötig die übrigen kommunalen Körperschaften, die regional organisierten politischen Parteien und bei Bedarf die weiteren interessierten Kreise. Wo Gemeindeparlamente bestehen, werden diese ebenfalls konsultiert.

Art. 154 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Finanzhaushalt

- ¹ Die Regionalkonferenzen führen ihren Finanzhaushalt nach den für die Gemeinden geltenden Bestimmungen.
- ² Die Geschäftsleitung ist verantwortlich für die Führung des Finanzhaushalts.
- ³ Die Rechnungsprüfung erfolgt durch ein unabhängiges Kontrollorgan.

Art. 155 *[Eingefügt am 17. 6. 2007]*

Finanzierung, Kostenverteilung

- ¹ Die mit der Geschäftsführung einer Regionalkonferenz zusammenhängenden Verwaltungskosten werden auf die Gemeinden nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl verteilt.
- ² Die massgebliche Einwohnerzahl wird nach Artikel 7 des Gesetzes vom 27. November 2000 über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG *[BSG 631.1]*) ermittelt.
- ³ Der Kanton gewährt angemessene Beiträge an die Verwaltungskosten der Regionalkonferenzen in Form von Grundbeiträgen und zusätzlichen Pro-Kopf-Beiträgen. Die Übersetzungskosten der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois werden durch erhöhte Beiträge entschädigt.

⁴ Die besondere Gesetzgebung regelt die Kostenverteilung und die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an Vorhaben im Bereich der obligatorischen Aufgaben.

⁵ Das Reglement legt die Finanzierung und Kostenverteilung im Bereich der von den Gemeinden übertragenen weiteren Aufgaben fest.

Art. 156

Rechtspflege

Gegen Verfügungen, Erlasse, Wahlen, Abstimmungen und weitere Beschlüsse der Organe einer Regionalkonferenz kann nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege [BSG 155.21] Beschwerde geführt werden. [Fassung vom 10. 4. 2008]

Art. 157 [Eingefügt am 17. 6. 2007]

Haftung

¹ Für Verbindlichkeiten der Regionalkonferenz haftet deren Vermögen. Die vermögensrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich nach Artikel 84.

² Bei der Auflösung einer Regionalkonferenz haften die ihr angehörenden Gemeinden für die zur Zeit der Auflösung bestehenden Schulden solidarisch.

³ Die Liquidation obliegt der Geschäftsleitung.

⁴ Ein Vermögens- oder Schuldenüberschuss wird den Gemeinden im Verhältnis ihrer Beiträge (Art. 155 Abs. 1) während der zwei vorangehenden Jahre zugewiesen.

Art. 158 [Eingefügt am 17. 6. 2007]

Aufsicht

¹ Die Regionalkonferenzen unterstehen der kantonalen Aufsicht.

² Die kantonale Aufsicht über die Regionalkonferenzen nimmt die Regierungsstatthalterin oder der Regierungstatthalter desjenigen Verwaltungskreises wahr, in dem das Einwohnerschwergewicht liegt. Vorbehalten bleiben besondere Vorschriften, die andere kantonale Stellen damit beauftragen. [Fassung vom 10. 4. 2008]

³ Die Artikel 85 ff. gelten sinngemäss.

0805 Dringliche Motion (GPK)

"Behördenreferendum und -initiative durch das Parlament"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Die Artikel 150 Absatz 2 und 151 Absatz 2 des Gemeindegesetzes regeln, dass die Zuständigkeit für Behördenreferenden und Behördeninitiativen beim Gemeinderat liegt, soweit die Gemeinden dies nicht anders regeln.

Der Gemeinderat wird beauftragt, zuhanden des Parlaments und des Volkes eine Änderung der Gemeindeordnung zu erarbeiten, welche dem Parlament die abschliessende Zuständigkeit für Behördenreferenden und Behördeninitiativen überträgt.

Zudem erarbeitet der Gemeinderat sämtliche diesbezüglich notwendigen Änderungen der Gemeindegesetzgebung, die sich aus der dem Parlament übertragenen Zuständigkeit ergeben.

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament für die Diskussion und Überweisung der vorliegenden Motion einen zweigeteilten Antrag, der die jeweils separate Überweisung der Themen Behördenreferendum und Behördeninitiative ermöglicht.

Begründung

Die GPK ist der Ansicht, dass die Frage des Behördenreferendums und der Behördeninitiative dringend diskutiert werden muss. Aus diesem Grund hat die GPK entschieden, eine Motion einzureichen um entsprechende Änderungen in der Gemeindeordnung zu veranlassen.

Die Etablierung einer Regionalkonferenz wird zu einer Neuordnung der demokratischen Mitwirkung in regionalen Sachfragen führen. Die demokratische Mitwirkung von Parlamenten und Volk muss weiterhin gewahrt bleiben. Wichtig sind die Möglichkeit der Behördenreferenden und Initiativen insbesondere auch deshalb, weil die Regionalkonferenzen Entscheide mit grosser finanzieller Tragweite treffen können.

Beim Behördenreferendum sind insbesondere die folgenden Schritte zu regeln und eine Praxis dazu zu entwickeln:

- Kenntnisnahme durch das Parlament vom referendumsfähigen Beschluss der RK
- Erarbeitung einer Parlamentsvorlage durch eine geeignete Stelle
- Vorberatung durch die zuständige Kommission
- Einholen der Vernehmlassung beim Gemeinderat
- Behandlung der Vorlage im Parlament
- Koordination mit anderen Gemeinden

Auch für Behördeninitiativen ist der Prozess zu definieren.

Begründung der Dringlichkeit

Soll die Änderung der Gemeindeordnung noch vor oder kurz nach Einführung der Regionalkonferenz erfolgen muss nun gehandelt werden.

Die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro gewährt.

Eingereicht

10. März 2008

Unterschrieben von 32 Parlamentsmitgliedern

Valentin Lager, Christoph Salzmann, Bernhard Bichsel, Stefan Lehmann, Hansueli Pestalozzi, Thomas Herren, Alfred Arm, Daniel Oester, Stephie Staub-Muheim, Liz Fischli-Giesser, Ursula Wyss, Jan Remund, Christian Roth, Peter Antenen, Heinz Engi, Markus Stähli, Evelyn Bühler, Ueli Salvisberg, Niklaus Hofer, Rolf Zwahlen, Urs Maibach, Martin Graber, Christian Balz, Mark Stucki, Hans Moser, Elisabeth Rüegsegger, Harald Henggi, Christian Burren, Daniel Krebs, Ignaz Caminada, Markus Bont, Hermann Gysel

Antwort des Gemeinderates

1. Ausgangslage

Mit Bericht vom 9. Mai 2006 hat der Gemeinderat das Parlament ausführlich über den damaligen Stand der kantonalen Umsetzungsarbeiten zur "Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit" (SARZ) informiert. Daraufhin wurde am 19. Juni 2006 die dringliche Interpellation Stucki (FDP); Maibach (Grüne GB/GFL) (0615) eingereicht, was dem Gemeinderat Gelegenheit bot, in seiner Antwort vom 12. Juli 2006 insbesondere zur Frage der Einflussmöglichkeiten des Parlaments ergänzend Stellung zu nehmen (Parlamentssitzung vom 21. August 2006). Über den damaligen Stand der Umsetzungsvorlage zur SARZ informierte der Gemeinderat die GPK mit einem Bericht vom 20. Dezember 2006. Ein weiterer Zwischenbericht des Gemeinderates vom 25. April 2007 wurde an der Parlamentssitzung vom 7. Mai 2007 verteilt. Der Parlamentspräsident Ignaz Caminada informierte das Parlament am 12. November 2007 über einen Anlass, an dem Vertreter verschiedener Parlamente der Agglomeration über die Mitwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Parlamente im Rahmen von SARZ diskutierten. Er schlug vor, dass die Fraktionspräsidien mögliche weitere Schritte diskutierten und das Parlament zu gegebener Zeit darüber informierten.

Am 17. Juni 2007 stimmte das Berner Stimmvolk mit grosser Mehrheit SARZ zu. Der Regierungsrat setzte die beschlossenen Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes sowie zwei Verordnungen (Verordnung über die Regionalkonferenzen; Verordnung über das Geschäftsreglement für Regionalkonferenzen) per 1. Januar 2008 in Kraft.

Der Gemeindepräsident informierte die GPK letztmals an der Sitzung vom 3. März 2008 über das Projekt (Information GPK vom 3. März 2008, Beilage 1) und stellte einen schriftlichen Zwischenbericht in Aussicht, der dem Parlament im April 2008 versandt werden sollte. Die GPK reichte in der Folge am 10. März 2008 eine dringliche Motion zu "Behördenreferendum und -initiative durch das Parlament" ein. Der Zwischenbericht wird deshalb in die Beantwortung des Vorstosses integriert.

2. Projekt Bernplus: Umsetzung von SARZ in der Region Bern-Mittelland

In der Region Bern-Mittelland wird die Einführung der Regionalkonferenz im Rahmen des Projekts "Bernplus – Stadt und Land gemeinsam" vorbereitet. Bernplus hat zum Ziel, die Zusammenarbeit unter den 101 Regionsgemeinden einfacher, wirkungsvoller und verbindlicher zu

gestalten. Die Regionalkonferenz wird nur eingeführt, wenn sich eine Mehrheit der Bevölkerung und der Gemeinden in einer Urabstimmung dafür ausspricht.

Aufgaben

Im kantonalen Gesetz werden folgende Aufgabenbereiche der Regionalkonferenzen zwingend vorgegeben (Art. 141 Gemeindegesetz):

- die regionale Richt-, Gesamtverkehrs- und Siedlungsplanung sowie deren gegenseitige Abstimmung,
- die regionale Kulturförderung und
- die Erfüllung der regionalen Aufgaben nach den Vorgaben der Gesetzgebung über die Regionalpolitik.

Weitere freiwillige Aufgabenbereiche können im Rahmen der Regionalkonferenz festgelegt werden.

Meilensteine 2008

- 1. Quartal: Vernehmlassung Geschäftsreglement der künftigen Regionalkonferenz und Informationsveranstaltungen für die Gemeindebehörden
- 10. Juni: 3. Konferenz der Gemeindepräsidenten Bern-Mittelland (Vorstellung des bereinigten Geschäftsreglementes und Entscheid über Durchführung der regionalen Urabstimmung)
- voraussichtlich Februar 2009 Urabstimmung über die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

3. Mitwirkung des Parlaments in den regionalen Strukturen (Art. 150, 151 und 153 Gemeindegesetz, Beilage 2)

Konsultativabstimmungen (Art. 153 Abs. 3 GG)

Zu wichtigen Vorhaben konsultiert die Regionalkonferenz vorgängig die Gemeinden, inkl. Parlamente. Den Gemeindeparlamenten werden zudem die Geschäftsberichte der Regionalkonferenz direkt zugestellt.

Behördenreferenden (Art. 150 GG)

Zwei Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden können innert 90 Tagen seit der Bekanntmachung eine regionale Abstimmung zu bestimmten Beschlüssen der Regionalversammlung verlangen.

Behördeninitiative (Art. 151 GG)

Fünf Prozent der Stimmberechtigten oder zwanzig Prozent der Gemeinden können mit einer Initiative Beschlüsse über bestimmte Geschäfte verlangen. Initiativen sind innert sechs Monaten ab Beginn der Unterschriftensammlung einzureichen.

4. Zur Motion Behördenreferendum und -initiative

Soweit dem Gemeinderat bekannt, besteht einzig in der Stadt Bern die Absicht, die Zuständigkeit zur Ergreifung des Referendums dem Stadtrat zuzuweisen. Der heutige Stadtschreiber der Stadt Bern, Jürg Wichtermann, verfasste am 20. November 2007 zuhanden der Agglomerationskommission einen Bericht, wie ein möglicher Ablauf geregelt werden könnte. (Bericht vom 20.11.2007, Beilage 3). Als eines der zentralen praktischen Probleme erwähnt er, dass ein Referendumsbegehren innerhalb von 90 Tagen eingereicht werden muss. Für die Stadt Bern, deren Parlament wöchentlich tagt, dürfte dies in der Regel keine unüberwindbaren Hindernisse darstellen. Für andere Gemeinden dürfte die 90-Tage-Frist jedoch oft dazu führen, dass diese wegen Zeitablaufs kein Referendum unterstützen können.

Der Gemeinderat befürwortet nach wie vor, die Zuständigkeit für Behördenreferenden und -initiativen – wie vom Gemeindegesetz vorgesehen – bei der Exekutive zu belassen. Der Grund dafür ist der, dass mit den Regionalkonferenzen strategische Entscheidungsplattformen geschaffen werden, die fast ausschliesslich Exekutivaufgaben wahrnehmen beziehungsweise koordinieren

sollen. Entsprechend werden die Gemeindepräsidien in den Regionalversammlungen Einsitz nehmen und die Interessen ihrer Gemeinden vertreten. Es ist daher in der Sache richtig, wenn in unserer Gemeinde die Kompetenz zur Lancierung von Behördenreferenden oder -initiativen dem Gemeinderat obliegt. Zudem wäre der Gemeinderat in der Lage, innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Fristen die notwendigen Schritte vorzunehmen. Sollten diese Arbeiten beim Parlament liegen, dürfte der aufwändige Ablauf oft dazu führen, dass insbesondere Referenden wegen des Zeitablaufs nicht zustande kommen. Selbst für das Einreichen von Initiativen dürfte eine sechsmonatige Frist knapp werden. Gilt es doch zu beachten, dass unser Parlament in der Regel einmal monatlich tagt und von Mitte März bis Anfang Mai sowie von Ende Juni bis Mitte August Pause macht.

Nachdem heute noch nicht feststeht, wie die Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der Regionalkonferenz Bern-Mittelland effektiv ausgestaltet sein wird, ist der Gemeinderat bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und das Anliegen nochmals eingehend zu prüfen, sobald die Regionalkonferenz ihre Arbeit aufgenommen hat. Er will dabei auch prüfen, wie das Parlament bzw. die GPK mitwirken könnten, falls die Zuständigkeit zur Ergreifung des Referendums und der Initiative bei der Exekutive bliebe.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Motion wird in Bezug auf das Behördenreferendum als Postulat erheblich erklärt.
2. Die Motion wird in Bezug auf die Behördeninitiative als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 26. März 2008

Der Gemeinderat

Beilagen

1. Information GPK vom 3. März 2008
2. Art. 150, 151 und 153 Gemeindegesetz
3. Bericht Stadtkanzlei/Jürg Wichtermann der Stadt Bern vom 20. November 2007



Stadt Bern
Stadtkanzlei

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 10
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

An die
Agglomerationskommission
des Stadtrats

Bern, 20. November 2007 - WIC

Mögliche Regelung des Verfahrens zur Ergreifung eines Behördenreferendums gegen Beschlüsse der Regionalkonferenz

1. Ausgangslage

Mit der Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und interkommunale Zusammenarbeit (SARZ) ist das Gemeindegesetz (GG) derart geändert worden, dass so genannte Regionalkonferenzen (RK) eingeführt werden können. Diese RK bilden eine neue staatsrechtliche Ebene, welche (partiell) den Gemeinden übergeordnet ist und verschiedene Ähnlichkeiten mit Gemeindeverbänden aufweisen.

Das geänderte Gemeindegesetz sieht vor, dass gegen (bestimmte) Beschlüsse der RK das Referendum ergriffen werden kann. Nachfolgend wird skizziert, wie diese Referendumsmöglichkeit in der Stadt Bern umgesetzt werden könnte.

2. Zuständigkeit zur Ergreifung des Referendums

Das GG sieht in Artikel 150 Absatz 2 neu vor, dass grundsätzlich der Gemeinderat für den Beschluss über die Ergreifung eines Gemeindereferendums zuständig ist. In der Stadt Bern besteht die Absicht, diese Zuständigkeit dem Stadtrat zuzuweisen. Das ist zulässig, erfordert indessen eine Änderung der bestehenden Zuständigkeitsordnung der Stadt Bern. Diese ist in der städtischen Gemeindeordnung (GO) festgelegt.

Soll die Zuständigkeit für das Behördenreferendum dem Parlament zugewiesen werden, so wäre die GO wie folgt (o.ä.) zu ergänzen:

Art. 57 Behördenreferendum

Der Stadtrat beschliesst über die Ergreifung von Behördenreferenden gemäss Artikel 150 Absatz 1 GG.

3. Verfahren der Referendumsergreifung

a) Vorbemerkung

Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, dass die Zuständigkeit zur Ergreifung des Referendums gemäss Ziffer 2 an den Stadtrat übertragen worden ist.

b) Publikation der referendumsfähigen Beschlüsse

Die Ergreifung eines Referendums setzt voraus, dass der Beschluss der Regionalkonferenz, der den Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt werden soll, ordentlich publiziert worden ist („Bekanntmachung“ gemäss Art. 150 Abs. 1 GG).

Da die Regionalkonferenzen grundsätzlich auch eine gemeinderechtliche Körperschaft ist, untersteht sie bezüglich der Veröffentlichung offizieller Beschlüsse den gleichen Regelungen wie Gemeinden selbst. Das heisst, dass die offizielle Bekanntmachung einer Beschlussfassung der Regionalkonferenz im Anzeiger zu erfolgen hat. Die entsprechende Publikation ist Frist auslösend für die 90-tägige Sammeldauer, während der eine regionale Abstimmung verlangt werden kann.

c) Notwendige Schritte zur Referendumsergreifung

Beim Referendum, welches vom Stadtrat ergriffen werden kann, handelt es sich um ein Behördenreferendum. Es kann nicht von einer Behörde allein ausgelöst werden. Artikel 150 Absatz 1 GG verlangt, dass (mindestens) zehn Prozent der Gemeinden eines bestimmten Gebietes sich für eine regionale Volksabstimmung aussprechen; erst dann gilt das Referendum als zustande gekommen.

Daraus folgt, dass für eine erfolgreiche Referendumsergreifung die folgenden Schritte notwendig sind:

- Kenntnisnahme vom referendumsfähigen Beschluss der RK (vgl. oben Ziff. 3.b.)
- Erarbeitung einer Stadtratsvorlage durch eine geeignete Stelle
- Vorberatung durch die zuständige Kommission
- Einholen einer Vernehmlassung beim Gemeinderat
- Behandlung der Vorlage im Stadtrat
- Koordination mit anderen Gemeinden der RK, da ein Referendum nur zustande kommt, wenn zehn Prozent (oder mehr) der Perimetergemeinden ebenfalls beschliessen, ein Referendum auszulösen.

d) Federführung bei Referendumsgeschäften

Die Ergreifung eines Referendums gegen einen RK-Beschluss ist ein Geschäft, welches in der weitgehenden Autonomie des Parlaments gedeihen muss. Wenn die Zuständigkeit für Beschlüsse betreffend solche Referenden beim Stadtrat liegt, muss auch die Federführung für Vorbereitung, Ausarbeitung und Durchführung der behördeninternen Entscheidungsfindung beim Stadtrat (bzw. beim Ratssekretariat) liegen.

Der Gemeinderat (bzw. das Stadtpräsidium) vertreten die Stadt von Amtes wegen in der RK. Dies kann dazu führen, dass der Gemeinderat einem Beschluss in der RK zustimmt, der Stadtrat aber trotzdem eine regionale Volksabstimmung auslösen möchte. Müsste nun der Gemeinderat eine Stadtratsvorlage zur Ergreifung eines Referendums gegen einen RK-Beschluss, den er mitgetragen hat, ausarbeiten lassen, so befände er sich in einem unauflösbaren Interessenkonflikt.

Soweit die Vertretung der Stadt in der RK überstimmt wird, kann es allerdings auch im Interesse des Gemeinderats liegen, dass der Stadtrat auf die Ergreifung eines Referendums hinarbeitet. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Zuständigkeit und Federführung beim Stadtrat und seiner Infrastruktur liegen muss. Der Gemeinderat hat jedoch ohne weiteres die Möglichkeit – und soll diese im Bedarfsfall auch wahrnehmen –, sich an den Stadtrat zu wenden und die Ergreifung eines Referendums anzuregen.

Auch dort, wo der Stadtrat aus eigener Initiative die Ergreifung eines Referendums prüft, ist es sachgerecht, wenn dem Gemeinderat Gelegenheit eingeräumt wird, zu den Absichten des Stadtrats Stellung zu nehmen. Dies kann auf verschiedene Weise sichergestellt werden (schriftliche Stellungnahme, Anhörung im Rahmen der Kommissionsberatung).

e) Skizze eines konkreten möglichen Ablaufs

- aa) Die RK fasst einen referendumsfähigen Beschluss und publiziert diesen in den dafür vorgesehenen Publikationsorganen.
- bb) Das Ratssekretariat nimmt Kenntnis von der Beschlussfassung durch die RK; es speist die Beschlüsse in die zuständige vorberatende Kommission (AKO?) ein mit dem Ziel, über die Lancierung eines Behördenreferendums (oder den Verzicht darauf) Beschluss zu fassen. Gleichzeitig lädt das Ratssekretariat den Gemeinderat ein, ihm auf die Sitzung der vorberatenden Kommission seine Haltung und allfällige Begründungen mitzuteilen.
- cc) Die Kommission entscheidet, ob dem Stadtrat eine Vorlage unterbreitet werden soll mit dem Antrag, dass sich die Stadt Bern an einem allfälligen Behördenreferendum gegen den Beschluss der RK beteiligt.
- dd) Für den Fall, dass die Kommission beschliesst, eine regionale Abstimmung zu verlangen, stellt sie dem Stadtrat entsprechend Antrag.

- ee) Da ein Behördenreferendum nur dann zustande kommt, wenn sich die jeweils zuständigen Behörden von mindestens 10 Prozent der RK-Gemeinden dafür aussprechen, muss das Ratssekretariat unverzüglich und spätestens nach einer positiven Entscheidung der vorberatenden Kommission (ev. bereits früher) mit anderen Gemeinden Kontakt aufnehmen, die potentiell ebenfalls ein Referendum unterstützen könnten. Ohne diese Vernetzung dürfte die Auslösung eines Referendums angesichts der relativ kurzen Referendumsfrist (90 Tage) oft sehr schwierig sein.
- ff) Zuletzt ist bei positiver Entscheidung des Stadtrats das Referendumsbegehren bei der RK einzureichen. Wie dies geschieht, ist es in erster Linie davon abhängig, wie die RK diese Frage regelt: Können die jeweils pro Gemeinde zuständigen Behörden ihr Referendumsbegehren einzeln einreichen, oder haben sich die referendumswilligen Gemeinden zu organisieren und die erforderliche Anzahl der Behördenbeschlüsse der RK einzureichen?

4. Problematik der 90-Tage-Frist

Eines der zentralen praktischen Probleme der Referendumsergreifung liegt darin, dass ein entsprechendes Begehren innerhalb von 90 Tagen eingereicht werden muss. Für den Berner Stadtrat, der in der Regel wöchentlich tagt, dürfte dies in der Regel keine unüberwindbaren Hindernisse darstellen. Allerdings müsste der Stadtrat sicherstellen, dass auch in Zeiten grosser Geschäftslast Referendumsgeschäfte ausser der Reihe und sofort behandelt werden können.

Sofern andere Gemeinden die Befugnis zum Entscheid über eine Referendumsteilnahme auch an das Parlament oder sogar an die Gemeindeversammlung delegiert haben, dürfte die 90-Tage-Frist jedoch oft dazu führen, dass diese Gemeinden wegen Zeitablaufs kein Referendum unterstützen können.

Wesentlich dürfte in diesem Zusammenhang sein, wie die RK ihren Terminkalender und ihre Geschäftsführung legt. Hier haben die angeschlossenen Gemeinden darauf hinzuwirken, dass z.B. die Veröffentlichung von referendumpflichtigen Beschlüssen so terminiert wird, dass die Referendumsmöglichkeit nicht faktisch verunmöglicht wird.

5. Regelungsbedarf

Auf den ersten Blick dürfte in den folgenden Bereichen ein Bedarf für gesetzliche Regelungen bestehen:

- Gemeindeordnung:
Zuweisung der Kompetenz für die Beschlussfassung für die Unterstützung eines Behördenreferendums, Einfügung einer neuen Bestimmung.

- Geschäftsreglement des Stadtrats:
Regelung der Abläufe bei solchen Geschäften innerhalb des Parlaments (möglicherweise nur kleiner oder kein Bedarf; jedenfalls müsste geklärt werden, welche Kommission dafür zuständig ist).
- Geschäftsreglement der RK:
Verschiedene Aspekte des Referendumsinstruments (Bekanntmachung der Beschlüsse, Terminierungen, Einreichung von Behördereferendumsbegehren etc.).

Direktion Präsidium und Finanzen / Stabsabteilung	
Original	mit/ohne Beilage
GS	GR
Eingang 25. MRZ. 2009 Visum	
Schrift/Antrag	Mitteilung
Antw. Antwort	Kontrollierte
X direkte Erledigung	direkte Erledigung mit Erledigungskopie an GP

Befuge 3

Ein gemeinsames Projekt von
 Region Aaretal
 Verein Region Bern
 Regionsverband Gantrisch
 Region Kiestal
 Regionale Kulturkonferenz RKK Bern
 Regionale Verkehrskonferenz RVK 4

An die Gemeindeexekutiven
 mit Parlament in der Region Bern-Mittelland
 und die Präsidien der Parlamente

Holzikofenweg 22, Postfach, 3001 Bern
 Tel. 031 378 80 20, Fax 031 378 80 29
 bernplus@regionbern.ch
 www.regionbernplus.ch

Bern, 24. März 2009

Musterbestimmungen für Gemeinden mit Parlament im Gebiet der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Raum Bern-Mittelland wurden verschiedene Gemeinderäte von ihren Gemeindeparlamenten beauftragt, die Rechtsgrundlagen zur Mitwirkung der Parlamente im Rahmen der entstehenden Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu schaffen. Im Auftrag der Projektleitung von "Bernplus - Stadt und Land gemeinsam" hat Daniel Arn mit Unterstützung von Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden, Köniz, und Stadtschreiber Jürg Wichtermann, Bern, einen Musterwortlaut für Parlamentsgemeinden entworfen.

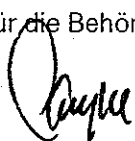
Der Vorschlag ist sehr offen und die Mitwirkungsrechte der Parlamente gehen darin recht weit. Es ist indessen davon auszugehen, dass sich die Parlamente hier nur sehr zurückhaltend von diesen Rechten werden Gebrauch machen.

Dieser Musterwortlaut ist als Dienstleistung zu verstehen. Jeder Gemeinde ist es freigestellt, Bestimmungen zu beschliessen oder nicht. In dem Sinne ist dies auch nicht als Empfehlung an die Gemeinden zu verstehen.

Die Behördendelegation von "Bernplus - Stadt und Land gemeinsam" hat am 19.3.09 in diesem Sinne die Musterbestimmungen zu Handen der betroffenen Gemeinden verabschiedet.

Freundliche Grüsse

Für die Behördendelegation:



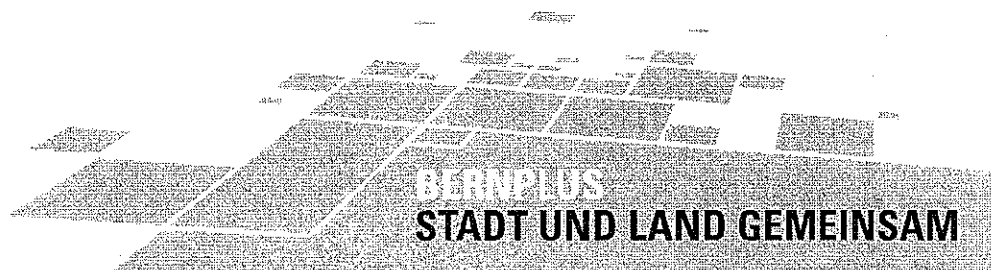
Beat Giaque
 Vorsitzender

Für die Projektleitung:



Isabelle Meyer Stalder
 Projektleiterin

Beilagen: Musterbestimmungen für Parlamente



Muster – Bestimmungen für Parlamentsgemeinden im Zusammenhang mit der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Ausgangslage

Mit der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland stellt sich die Frage, welche Rolle kommunale Parlamente im Rahmen der Entscheidungsfindung der Organe der *Regionalkonferenz* spielen. Von besonderer Bedeutung sind die Entscheide der *Regionalversammlung*, namentlich dann, wenn diese dem Volks- und Behördenreferendum unterstehen. Die Gemeinden mit einem Parlament müssen entscheiden, ob sie ihre Rechtsgrundlagen im Interesse der parlamentarischen Mitwirkung anpassen wollen.

Weisungsrecht

Die direkten Einwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Parlamente auf die „Alltagsgeschäfte“ der Regionalkonferenz sind beschränkt. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland wird – soweit sie Wirklichkeit wird – aus 100 Gemeinden bestehen. Die Mitwirkung der Gemeinden wird im Wesentlichen über die Gemeindepräsidien erfolgen, welche in der Regionalkonferenz eine zentrale Rolle spielen werden. Die Gemeindeexekutiven können ihren Gemeindepräsidien für die Beschlüsse der Regionalversammlung Weisungen erteilen. Das Gemeindegesetz (Art. 145) legt die *Zuständigkeit* zum Erteilen von Weisungen fest, weshalb diesbezüglich keine parlamentarischen Zuständigkeiten begründet werden können. Dies wäre aufgrund der knappen Fristen (die Traktanden der Regionalversammlung müssen den Gemeinden spätestens 30 Tage vor der Versammlung zugestellt werden) auch nicht möglich. Es steht den Parlamenten indessen frei, das Verhalten des Gemeinderats und des Gemeindepräsidiums mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten (Interpellation, Postulat, Richtlinienmotion und dergleichen) unverbindlich aber unter Umständen politisch wirkungsvoll zu beeinflussen.

Behördenreferenden und -initiativen

Anders verhält es sich bei Behördenreferenden oder bei Behördeninitiativen: Hier ist aufgrund des Gemeindegesetzes zwar auch der Gemeinderat zuständig. Das Gesetz eröffnet aber die Möglichkeit, dass die Gemeinden abweichende Zuständigkeiten erlassen (Art. 150 Abs. 2, Art. 151 Abs. 2 GG). Die untenstehenden Muster-Bestimmungen halten grundsätzlich an der Zuständigkeit des Gemeinderats zum Beschluss über die Initialisierung von Behördenreferenden und -initiativen fest, weil davon auszugehen ist, im Normalfall werde der Gemeinderat selber aktiv, wenn ein Beschluss der Regionalversammlung die Interessen der Gemeinde missachtet. Dem Gemeindeparlament soll aber die Möglichkeit eröffnet werden, den Gemeinderat zu Aktivitäten bezüglich von Referenden und Initiativen zu *verpflichten*. Um bei der Anwendung der entsprechenden Bestimmungen Auslegungsprobleme zu vermeiden, soll die Frage im Reglementstext ausdrücklich beantwortet werden, ob der Gemeinderat mittels Parlamentsbeschluss auch *gehindert* werden kann, Behördenreferenden und -initiativen zu initialisieren (dies soll grundsätzlich auch ermöglicht werden).

Behördenreferendum

Gewisse Beschlüsse der Regionalversammlung können innert 90 Tagen seit Publikation mittels Referendum von 10 % der Gemeinden (also von mindestens 11 Gemeinden) einer Volksabstimmung zugeführt werden. Eine Gemeinde allein kann also nichts bewirken, weshalb ein Gemeindereferendum nur dann zustande kommen wird, wenn sich mehrere Gemeinden absprechen. Dies setzt angesichts der beschränkten Zeit ein sehr zielgerichtetes Vorgehen voraus, weshalb die normalerweise geltenden Fristen zur Behandlung parlamentarischer Vorstösse nicht in Frage kommen. Der untenstehende Vorschlag sieht deshalb vor, dass die Zuständigkeit zum Entscheid, ob das Parlament über die Referendumsfrage entscheiden soll, der Geschäftsprüfungskommission zugewiesen wird. Sie kann „aus eigener Kraft“ oder auf Antrag eines Mitglieds des Parlaments aktiv werden. Bevor sie dem Gemeindeparlament Antrag stellt, gibt sie dem Ge-

meinderat Gelegenheit, innert drei Wochen Stellung zu nehmen. So sollte es möglich sein, innert der gesetzten Fristen (diese müssen von den Gemeinden zwingend beachtet werden) zu einem Entscheid zu kommen. Es wird aber auch in diesem ungewöhnlichen Verfahren in zeitlicher Hinsicht sehr eng werden, weil das Verfahren immer mit anderen Gemeinden koordiniert werden muss, soll sich ein „Referendumserfolg“ überhaupt einstellen.

Behördeninitiative

Dieses Instrument erscheint weniger problematisch, weil hier die Gemeinden nicht innerhalb bestimmter Fristen *reagieren* müssen. So ist es ohne weiteres möglich, dass ein Gemeindeparlament im Rahmen der geltenden kommunalen Fristen für politische Vorstösse Beschlüsse zur Initialisierung einer Behördeninitiative fällt.

Anpassung des kommunalen Rechts

Die nachstehenden Muster-Bestimmungen für Parlamentsgemeinden sind nur sehr rudimentär gehalten und können der Vielfältigkeit der kommunalen Regelungen, namentlich bezüglich der Fristen und des Ablaufs der parlamentarischen Mitwirkung nicht Rechnung tragen. Soweit die Gemeinde dem Parlament mehr Einwirkungsmöglichkeiten auf die Geschäfte der Regionalkonferenz Rechte einräumen will, muss sie mit Bestimmtheit ihre Rechtsgrundlagen noch differenzierter anpassen.

Muster-Bestimmungen

- | | |
|----------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Information | <p>Art. 1 ¹ Der Gemeinderat informiert das Gemeindeparlament frühzeitig und umfassend über die Geschäfte der Regionalkonferenz.</p> <p>² Er gibt dem Gemeindeparlament unverzüglich traktandierte Beschlüsse der Regionalversammlung bekannt, wenn diese dem Behördenreferendum unterstehen.</p> |
| Behördenreferendum:
a Zuständigkeit | <p>Art. 2 ¹ Untersteht ein Beschluss der Regionalversammlung dem Behördenreferendum gemäss Art. 150 GG, beschliesst der Gemeinderat, ob er zusammen mit anderen Gemeinden eine regionale Abstimmung verlangen will.</p> <p>² Das Gemeindeparlament kann den Gemeinderat verpflichten,</p> <ul style="list-style-type: none">a. für einen dem Behördenreferendum unterstehenden Beschluss zusammen mit anderen Gemeinden eine regionale Abstimmung zu verlangen,b. auf das Behördenreferendum zu einem dem Referendum unterstehenden Beschluss der Regionalversammlung zu verzichten. |
| b Verfahren | <p>³ Die Geschäftsprüfungskommission kann auf Antrag einzelner Parlamentsmitglieder oder von sich aus dem Parlament einen Beschluss zur Verpflichtung des Gemeinderats im Sinn von Absatz 2 unterbreiten. Sie gibt dem Gemeinderat Gelegenheit, zu ihrem Antrag innert drei Wochen Stellung zu nehmen.</p> |
| Behördeninitiative | <p>Art. 3 ¹ Der Gemeinderat ist zuständig für Behördeninitiativen nach Art. 151 GG.</p> <p>² Das Gemeindeparlament kann den Gemeinderat verpflichten,</p> <ul style="list-style-type: none">a. eine Behördeninitiative zu einem bestimmten Gegenstand einzureichen,b. auf eine Behördeninitiative zu einem bestimmten Gegenstand zu verzichten. |

Ergebnisse der Umfrage zum Einbezug der Gemeindeparlamente

Gemeinde	Stand der Dinge
Bern	Stadt Bern wird die Anliegen, die in den Musterbestimmungen abgedeckt sind, in der einen oder anderen Form umsetzen, nachdem der Stadtrat entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten wünscht. Eine konkrete Umsetzung hat indessen noch nicht stattgefunden; sie wird in den nächsten Wochen und Monaten an die Hand genommen.
Köniz	Es wurden zwei (für erheblich erklärte) Vorstösse eingereicht, wonach die Kompetenz zur Ergreifung von Initiativen / Referenden dem Parlament zuzuweisen sei. Die Vorstösse sind bis Mitte 2010 zu erfüllen. Die Gemeinde klärt bis in der 1. Hälfte 2010 die Lösungsmöglichkeiten ab.
M'buchsee	Seit Februar 2009 überarbeitet die Spezialkommission Revision OgR die Gemeindeerlasse OgR, Kommissionenreglement und Wahl- und Abstimmungsreglement. Im Zusammenhang mit diesen Revisionsarbeiten haben wir auch die Umsetzung der Musterbestimmungen geprüft. Das Parlament hat den Gemeinderat zusätzlich mit einer Motion beauftragt, die Mitwirkung der Behörden zu Themen der Regionalkonferenz zu prüfen. Da noch keine Erfahrungswerte vorliegen, hat die Kommission an ihrer letzten Sitzung entschieden, die Umsetzung der Musterbestimmungen als Pendeuz aufzunehmen und zu einem späteren Zeitpunkt (analog anderer Parlamentsgemeinden) zu definieren.
Münsingen	An der Sitzung des Parlaments vom 19. Oktober 09 wird eine Motion eingereicht, welche erreichen will, dass das Parlament in Bezug auf die Behördenreferenden und -initiativen einbezogen wird. Die Motion wird an einer nächstjährigen Sitzung behandelt. Wird die Motion erheblich erklärt, ist dem Parlament eine Regelung bezüglich der Behördenreferenden und -initiativen unter Einbezug des Parlaments vorzulegen.
Muri b. Bern	Dem Parlament soll im 1. Quartal 2010 eine Vorlage zum Einbezug des Parlaments unterbreitet werden.
Ostermundigen	Ostermundigen hat die Musterbestimmungen nicht umgesetzt. Die Gemeinde steckt zurzeit in einer Behörden- und Verwaltungsreform. In diesem Rahmen werden die Mitwirkungsrechte des Parlaments im Zusammenhang mit der Regionalkonferenz geprüft. Dies wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.
Worb	Das Büro des Grossen Gemeinderats hat beschlossen, die Musterbestimmungen unverändert in Geschäftsordnung aufzunehmen. Im Nov. Oder Dez. 09 wird dem Grossen Gemeinderat ein entsprechender Antrag auf Anpassung der Geschäftsordnung unterbreitet.
Zollikofen	In Zollikofen haben wir zwei Vorstösse aus dem Parlament pendent. Einerseits wird eine ständige parlamentarische Kommission verlangt, um Vorlagen der Regionalkonferenz zu begleiten. Andererseits wird verlangt, dass das Parlament nach Ermessen des Gemeinderates bei wichtigen Fragen der Regionalversammlung konsultativ einbezogen werden kann. Die Begehren wurden vom Parlament an das Büro des GGR beziehungsweise an den Gemeinderat zur Umsetzung überwiesen. Konkrete Lösungen liegen noch nicht vor, müssen aber spätestens 9 Monate nach Einführung der Regionalkonferenz dem Parlament unterbreitet werden. Fazit: Die Musterbestimmungen stehen in Zollikofen (noch) nicht zur Diskussion. Vielmehr sind andere Mitwirkungsmöglichkeiten gefragt.

REFERENDUM

Seite 5

Information

Parlament

GR informiert
laufend über
- Vorlagen RK
- Beschlüsse RK

informell faktenbezogen: Koordination, Lobbying

Kick-off

15 Unterschriften beim
Parlamentspräsidenten
einreichen

GRB
(inkl. Stellungnahme)

Vorbereitung

Parlamentspräsidenten
traktandiert Referendum
fürs Parlament
(Akten: Akten RK + Stellungn. GR)

GRB
Stellungnahme

Info

GO

Vorbereitung durch
GPK (wie normales Geschäft)

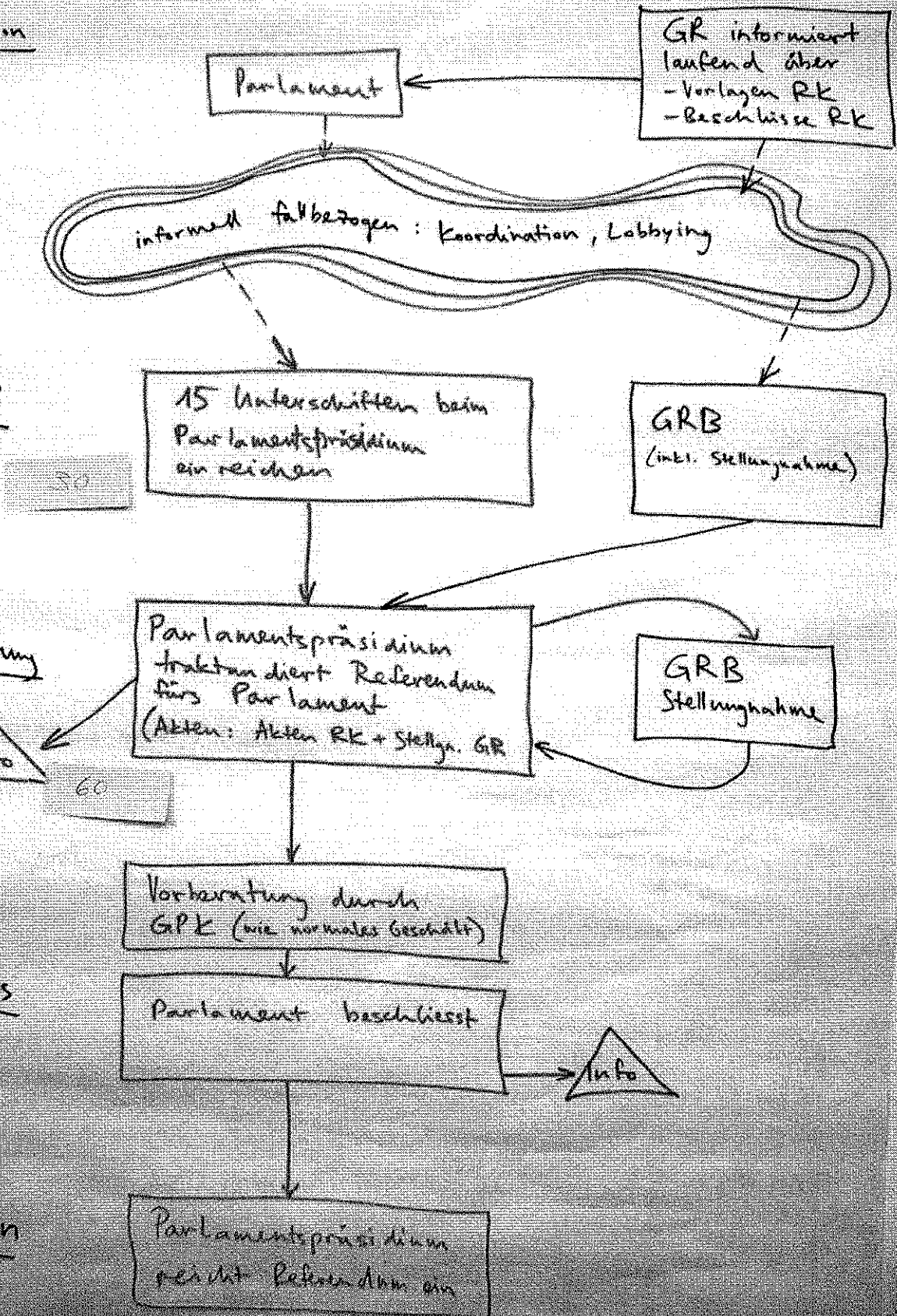
Beschluss

Parlament beschließt

Info

Folgen

Parlamentspräsidenten
reicht Referendum ein



Geschäftsreglement des Parlamentes Änderung (Entwurf)

Gliederungstitel nach Artikel 64

6a (neu) Beschlüsse betreffend regionale Abstimmungen

Art. 64a (neu)

Behörden-
referendum

- 1 15 Parlamentsmitglieder können den Antrag stellen, zu einem referendumsfähigen Beschluss der Regionalversammlung eine regionale Abstimmung zu verlangen.
- 2 Der Antrag ist dem Präsidium innert 30 Tagen seit der Publikation des Beschlusses schriftlich und mit einer Begründung einzureichen. Die oder der Erstunterzeichnende hat den Antrag zu unterschreiben und die Zustimmung der 14 übrigen Parlamentsmitglieder durch Unterschriften oder E-Mails nachzuweisen.
- 3 Das Präsidium gibt dem Gemeinderat umgehend Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. Es kann dem Gemeinderat erlauben, seine Stellungnahme mündlich in der Parlamentssitzung abzugeben, wenn die Fristen des kantonalen Rechts nur so eingehalten werden können.
- 4 Das Präsidium traktandiert das Geschäft so, dass die Fristen des kantonalen Rechts eingehalten werden können.
- 5 Betreffend Redeordnung und Rückzug gelten die Bestimmungen über die parlamentarischen Vorstösse [Fussnote: Artikel 37 Absatz 3 und Artikel 52] sinngemäss.

Art. 64b (neu)

Behördeninitiative

- 1 15 Parlamentsmitglieder können den Antrag stellen, eine Behördeninitiative nach Artikel 151 des kantonalen Gemeindegesetzes einzureichen.
- 2 Der Antrag ist dem Präsidium schriftlich, mit einer Begründung und unter Einhaltung der kantonalen Bestimmungen einzureichen.
- 3 Das Präsidium gibt dem Gemeinderat Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme.
- 4 Abweichend von den Absätzen 1–3 kann die Erarbeitung einer Behördeninitiative auch mit einer Motion erwirkt werden.

Köniz, ...

Namens des Parlamentes

Der Präsident

Der Sekretär

...

Markus Heinzer